

**ANFRAGE** von Beat Walti (FDP, Zollikon), Katharina Kull-Benz (FDP, Zollikon) und Gaston Guex (FDP, Zumikon)

betreffend Konsultativkonferenz Transitverkehr Zürich

---

Die Stadtzürcher Verkehrspolitik hat in den an die Stadt angrenzenden Gemeinden resp. Gebieten in den letzten Jahren wiederholt Unverständnis und Ärger ausgelöst. Grund dafür ist, dass verkehrstechnische Massnahmen auf städtischem Gebiet regelmässig starke Auswirkungen auf diese Gemeinden und ihre Bevölkerung haben, ohne dass sie auf deren Gestaltung wirkungsvoll Einfluss nehmen könnten.

Als Beispiel kann auf die realisierten und geplanten kapazitätsrelevanten Veränderungen an der Forchstrasse resp. deren Abnehmern auf städtischem Gebiet (z.B. Hegibachplatz, Kreuzplatz etc.) sowie an der Bellerivestrasse verwiesen werden. Beide gehören zu den meistbefahrenen Strassen des Kantons Zürich. Sie sind zudem auf absehbare Zukunft für die unteren rechtsufrigen Seegemeinden die einzigen und für viele andere Gemeinden die weitaus bedeutendsten Verbindungen zum Nationalstrassennetz. Für Bewohnerinnen und Bewohner, die aus beruflichen oder anderen Gründen auf den motorisierten Individualverkehr angewiesen sind, bringen diese Kapazitätsverknappungen erhebliche Einschränkungen der Bewegungsfreiheit mit sich. Für sie wie für alle übrigen verschärft sich zudem das Problem durch die ungenügende S-Bahnkapazität auf den rechtsufrigen Linien vor allem in den Stosszeiten (auch bei diesen ist offenbar keine Besserung innert nützlicher Frist zu erwarten). Andere Gemeinden des Kantons sind direkt von den unverständlichen Beschlüssen des zürcher Gemeinderates zur Rosengartenstrasse betroffen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Teilt der Regierungsrat die Meinung, dass es für die Gemeinden ausserhalb der Stadt Zürich angesichts der Länge und Komplexität der Verfahren schwierig und aufwändig ist, ihre verkehrspolitischen Interessen bei Strassenverkehrsprojekten auf städtischem Gebiet im Rahmen der heutigen Planungs- und Umsetzungsverfahren wirkungsvoll einzubringen?
2. Wäre der Regierungsrat bereit, ähnlich wie seinerzeit zur Förderung des interregionalen Dialoges in der Flughafenpolitik, periodisch eine «Konsultativkonferenz Transitverkehr Zürich» durchzuführen, beispielsweise unter der Verantwortung der Volkswirtschafts- und der Baudirektion?
3. Könnte es eine solche Konsultativkonferenz nach Meinung des Regierungsrates den interessierten Gemeinden, der Stadt und dem Kanton erleichtern, eine konsistente Verkehrspolitik zu betreiben und auch die Akzeptanz dieser Verkehrspolitik in der Bevölkerung zu verbessern?

Beat Walti  
Katharina Kull-Benz  
Gaston Guex